

# Immer mehr von Neuem

VON GUSTAV ADOLF HORN

Ob Bundesregierung oder Opposition – in einem wirtschaftspolitischen Ziel sind sich alle einig: Deutschland braucht mehr Wachstum. Welchen Stellenwert Wachstum im ökonomischen Denken hat, zeigt sich nicht zuletzt an den Ranglisten über die Wachstumsperformance unterschiedlicher Länder über unterschiedliche Zeiträume, die – Bundesligatabellen zur Messung der wirtschaftlichen Leistung gleich – allerorten publiziert werden.

Es gilt daneben auch eine andere Linie des Denkens, die man als wachstumskritisch bezeichnen könnte. Deren Vertreter gehen davon aus, dass mehr Wachstum zum einen an den Bedürfnissen der Menschen in einer Wohlstandsgesellschaft vorbeigeht und zum zweiten sogar belastend durch seinen Verbrauch an natürlichen, nicht oder kaum regenerierbaren Ressourcen wirkt.

Sowohl die unkritische Fixierung auf Wachstum als auch die Kritik am Wachstum gehen freilich am Kern polit-ökonomischen und vor allem ökonomischen Denkens vorbei. Wie nämlich eine Wohlstandsgesellschaft ohne Wachstum aussieht, konnte man in den vergangenen vier Jahren in Deutschland beobachten. Die deutsche Wirtschaft ist seit 2001 kaum noch gewachsen, vielmehr stagnierte sie seither. Damit wurde zwar das unbestreitbar hohe Wohlstandsniveau für die Volkswirtschaft insgesamt erhalten. Unterhalb der volkswirtschaftlichen Ebene vollzogen sich aber für einzelne Bevölkerungsgruppen teilweise dramatische Veränderungen. Während die Gewinneinkommen und die der Selbständigen insgesamt noch merklich zunahm, gingen die Realein-

kommen der abhängig Beschäftigten zurück. Weitaus belastender ist seit Beginn dieses Jahres die Lage für Langzeitarbeitslose, die früher Arbeitslosenhilfe bezogen haben. Seit der Einführung von Hartz IV sind ihre Einkommen drastisch gesunken, Tendenzen zur Verarmung breiten sich aus. Auch wenn die Ausprägung spezifisch auf die derzeitige Lage in Deutschland gemünzt sein mag, enthüllen diese Tendenzen doch eine große Gefahr in stagnierenden Volkswirtschaften: Brutale Verteilungskämpfe mit ziemlich gewissem Ausgang.

Eine dynamische Marktwirtschaft erzeugt keine planbaren Einkommensentwicklungen, insofern wäre schon das Ziel, eine Wirtschaft ohne Wachstum zu bekommen, eine Schimäre. Aber unabhängig davon werden alle Marktteilnehmer versuchen, ihren Einkommensanteil am gleich bleibenden gesamtwirtschaftlichen Kuchen zu steigern. Dabei sind die Chancen freilich sehr unterschiedlich verteilt. Im Zweifel werden jene, die über eine relativ große Marktmacht verfügen, und das sind Unternehmen und Selbstständige, Erfolg haben. Also bleibt dann für den Rest der Gesellschaft nur ein kleineres Stück am Kuchen übrig. Der Weg, auf dem dies erreicht wird, sollte aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre hinlänglich bekannt sein. Auch in einer stagnierenden Wirtschaft werden am Gewinn orientierte Unternehmen Produktivitätsfortschritte erreichen, um ihre Gewinne zu steigern. Bei Nullwachstum heißt dies, es werden fortwährend Arbeitskräfte entlassen. Eine stagnierende Wirtschaft ist also durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. In einem solchen Umfeld können die Gewerkschaften nur noch geringe Lohnerhöhungen

durchsetzen. Preisbereinigt wird in der Regel sogar ein Einkommensverlust auftreten. Dieser Marktprozess provoziert häufig auch noch flankierende Politikreaktionen, die insbesondere in einem Abbau der sozialen Sicherung bestehen: Deren höhere Kosten im Gefolge der steigenden Arbeitslosigkeit sollen durch entsprechende Einschnitte gedämpft werden. Diese politischen Prozesse treiben die Umverteilung zu Lasten wirtschaftlich Schwacher weiter voran. Eine Wirtschaft ohne Wachstum ist also beileibe keine friedliche Gesellschaft, sondern durch harte Verteilungskämpfe gekennzeichnet.

Die Kritik an einer auf Wachstum orientierten Volkswirtschaft basiert zudem häufig auf einem naiven Wachstumsbegriff. Wachstum wird dabei verstanden als immer mehr vom Gleichen. Das wäre in der Tat fatal. Man stelle sich dies nur im Fall von Autos vor, wenn viele Familien nach dem Zweit- nun auch den Dritt- oder Viert-

wagen anstreben würden. Die Konsequenzen für den Ressourcenverbrauch wären nicht tragbar. Ein sinnvollerer und realistischerer Wachstumsbegriff lautet: immer mehr von Neuem. Blickt man rund 15 Jahre zurück und schaut, für welche Produkte man seinerzeit Geld ausgegeben hat, und vergleicht dies mit heute, wird man gravierende Unterschiede feststellen. Weder waren damals für private Haushalte IT-Dienstleistungen über den Heimcomputer selbstverständlich, noch waren viele der heute gängigen Telekommunikationsprodukte verfügbar. Das zeigt, in welchem Ausmaß die Menschen bereit sind, angesichts technologischer Veränderungen auch ihre Bedürfnisse und damit ihr Konsumverhalten ändern. Diese Möglichkeiten würden bei Stagnation begrenzt.

All dies bedeutet nicht, dass jede Form von Wachstum erwünscht sein muss. Es ist sehr wohl möglich, dass eine Gesellschaft Präferenzen über die Art des Wachstumspfadens zur Geltung bringt. Wenn man ein Ressourcen schonendes Wachstum anstrebt, kann dies durch entsprechende wirtschaftspolitische Anreize, wie etwa die Ökosteuer, erreicht werden. Es geht also nicht um eine Politik des Vogel friss oder stirb. Es besteht durchaus wirtschaftspolitischer Gestaltungsspielraum. Dies wäre denn auch ein schlüssiges Konzept für eine moderne Wirtschaftspolitik: Auf der einen Seite sollte alles getan werden, um das Wachstum zu fördern, damit Arbeitsplatzverluste und harte Verteilungskämpfe vermieden werden.

Auf der anderen Seite sollte die Wachstumsdynamik durch entsprechende wirtschaftspolitische Anreize kanalisiert werden, um den Präferenzen der Gesellschaft zu entsprechen.

## GUSTAV ADOLF HORN



BILD: AP

Der 50-jährige Konjunktur-Experte hat Volkswirtschaft in Bonn studiert. 1996 heuerte er beim deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin an und stieg zum Leiter der Konjunktur-

abteilung auf. Jetzt ist er an einer neuen Forschungsstelle tätig: beim gewerkschaftsnahen Institut für Makroökonomieforschung (IMK) in Düsseldorf. mrm